EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

2011/2082(INI)

8.9.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zur Zukunft der Mehrwertsteuer
(2011/2082(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Markus Ferber

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. vertritt die Ansicht, dass ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts durch die geltenden Vorschriften für die Mehrwertsteuer auf Personenbeförderung, die zwischen den einzelnen Verkehrsträgern zu Wettbewerbsverzerrungen führen und der Verbesserung der Sozial- und Umweltverträglichkeit des Verkehrs abträglich sind, behindert wird;
2. verweist auf die komplexe und ungerechte Situation bei der Personenbeförderung: obwohl innerstaatliche Personenbeförderung in fast allen Mitgliedstaaten steuerpflichtig ist, gibt es abhängig von der Beförderungsart und dem Mitgliedstaat Ausnahmen, Nullsätze und unterschiedliche Sätze; weist ferner darauf hin, dass grenzüberschreitende Beförderung auf dem See- und Luftweg, einschließlich grenzübergreifender Beförderung innerhalb der EU, in allen Mitgliedstaaten von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist, wohingegen sich die Situation in Bezug auf andere Beförderungsarten je nach Mitgliedstaat unterscheidet; unterstreicht darüber hinaus, dass internationale Luft- und Schifffahrtsunternehmen einige Waren und Dienstleistungen mehrwertsteuerfrei erwerben können;
3. verweist auf die vorgeschlagene Reduzierung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 60 % in Bezug auf die Werte von 1990 und betont die Notwendigkeit einer „korrekten Preissetzung und Vermeidung von Verzerrungen“;
4. fordert harmonisierte standardisierte oder ermäßigte Mehrwertsteuersätze für jegliche grenzübergreifende Beförderung innerhalb der EU, unabhängig von der Beförderungsart, und einheitliche Vorschriften für die MwSt.-Absetzbarkeit;
5. fordert mehr Transparenz; fordert des Weiteren, dass die Details zu den verschiedenen für die Personenbeförderung geltenden Mehrwertsteuersätze jederzeit verfügbar sein und, wenn möglich, auf den Beförderungsdokumenten ausgewiesen sein sollten, um die Reisenden detailliert über die Kosten ihrer Reise zu informieren;
6. unterstützt jedoch einen niedrigeren Satz oder einen Nullsatz für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr aus Gründen des Gemeinwohls oder aus sozialen oder umweltbedingten Gründen;
7. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass zukünftige Änderungen von Anhang III (ermäßigter MwSt.-Satz) der MwSt-Richtlinie mit den Zielen der EU-Verkehrspolitik vereinbar sind;
8. kritisiert die derzeitige Regelung, nach der in Fällen, in denen eine Mehrwertsteuer erhoben wird, die Personenbeförderung proportional zur Teilstrecke, die je Mitgliedstaat zurückgelegt wird, gemäß den lokal geltenden Sätzen besteuert wird; ist der Auffassung, dass die Personenbeförderung am Ort der Abreise besteuert werden sollte, um die Komplexität zu verringern und für eine verbesserte Anwendbarkeit zu sorgen;

9. hebt jedoch die Unterteilung des EU-Marktes für Personenbeförderung in zahlreiche festgelegte Kategorien, darunter Reisedstrecke, Reisezweck und Verfügbarkeit alternativer Beförderungsmittel, hervor; vertritt daher die Ansicht, dass die Auswirkungen einer Änderung der MwSt-Regelung auf die Mobilität der Europäer sowie auf die Umwelt einen komplexen Sachverhalt darstellen, zu dem eine umfassende quantitative Studie durchgeführt werden sollte;
10. betont, dass als notwendige Voraussetzung für einen transparenten Wettbewerb zwischen den Touristikunternehmen innerhalb der EU und im Vergleich zu Drittstaaten ein reduzierter Mehrwertsteuersatz auf touristische Leistungen in allen Mitgliedstaaten schrittweise harmonisiert werden sollte;
11. fordert den Rat auf, die Annahme des Vorschlags für eine Richtlinie über die Überarbeitung der MwSt-Sonderregelung für Reisebüros (CNS/2002/0041) zu beschleunigen, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den verschiedenen Arten von Akteuren der Branche, die sich aus Unterschieden in den nationalen Rechtsvorschriften ergeben, zu beseitigen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	8.9.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 28 -: 3 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Georges Bach, Izaskun Bilbao Barandica, Antonio Cancian, Michael Cramer, Ryszard Czarnecki, Luis de Grandes Pascual, Ismail Ertug, Carlo Fidanza, Jacqueline Foster, Mathieu Grosch, Jim Higgins, Ville Itälä, Dieter-Lebrecht Koch, Werner Kuhn, Gesine Meissner, Olga Sehnalová, Keith Taylor, Silvia-Adriana Țicău, Giommara Uggias, Thomas Ulmer, Artur Zasada
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Spyros Danellis, Markus Ferber, Gilles Pargneaux, Dominique Riquet, Olle Schmidt, Laurence J.A.J. Stassen, Nuno Teixeira, Ramon Tremosa i Balcells, Sabine Wils, Janusz Władysław Zemke
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	David Campbell Bannerman